

„Mehrweg ist Zukunft“

Verband Pro Mehrweg: Die Effizienz des Systems durch Verzicht auf Individualisierung verbessern

„Mehrweg kann einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung und zum Klimaschutz leisten und sichert gleichzeitig Arbeitsplätze in regionalen Wirtschaftskreisläufen“, lautet das Fazit von Günther Guder, Geschäftsführender Vorstand des Verbands Pro Mehrweg, anlässlich der jährlichen Mitgliederversammlung, die am 12. November 2021 erneut virtuell stattfand. Mit dem GETRÄNKEFACHGROSSHANDEL sprach er außerdem über weitere Inhalte der Veranstaltung, die aktuelle Verbandsarbeit sowie wichtige aktuelle und künftige Ziele. (eis)

GETRÄNKEFACHGROSSHANDEL: Herr Guder, am 12. November 2021 fand die jährliche Mitgliederversammlung des Verbands Pro Mehrweg statt. Wie viele Mitglieder konnten Sie diesmal begrüßen und waren Sie mit der Teilnehmerzahl zufrieden? Wie lautet Ihr Resümee der Veranstaltung?

Günther Guder: Wegen der rasant gestiegenen Inzidenzen fand die Mitgliederversammlung erneut per Videokonferenz statt. Ein Viertel aller Mitglieder wählte sich ein. Die Ergebnisse kurz gefasst: Einstimmige Wiederwahl der Mitglieder des Beirates und Verabschiedung des Jahresabschlusses 2020 inklusive Etat 2021 und 2022; interessante Diskussion zu Mehrweg-to-go ab 2023 sowie den aktuellen Projekten des Umweltbundesamtes zur Förderung von Mehrweggetränkeverpackungen; wichtige Hinweise der Mitglieder zum ersten Rohschnitt des neuen Pro Mehrweg Films zum Thema „Kennzeichnung“; Fazit: Mehrweg kann einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung und zum Klimaschutz leisten und sichert gleichzeitig 150.000 Arbeitsplätze in regionalen Wirtschaftskreisläufen. Mehrweg ist Zukunft!

GFGH: Bei der letzten Versammlung wurde unter anderem über die Novellierung des Verpackungsgesetzes mit Ausweitung der Bepfandungsregelungen mit einer „Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen“ als Instrument zur Erreichung der 70 Prozent Mehrwegzielquote diskutiert. Welche Diskussionsschwerpunkte standen diesmal im Fokus?

Guder: Ein wichtiger Punkt war die Diskussion über die im neuen Verpackungsgesetz (§§33,34) verankerte



Günther Guder, Geschäftsführender Vorstand des Verbands Pro Mehrweg: „Jeder Marktbeteiligte ist aufgefordert, gewisse Egoismen hintenanzustellen und im Sinne des großen Ganzen zu handeln.“

Pflicht für Letztvertreiber im To-go-Geschäft ab 1. Januar 2023 alternativ zu Einweg-to-go-Verpackungen und -Blechern auch Mehrwegalternativen preisgleich anzubieten. Hier hatte sich bereits Mitte des Jahres eine Initiative gebildet, die die Etablierung eines wirtschaftlichen und datenbankunterlegten Rahmens für eine digitale, smarte, effiziente und nachhaltige To-go-Kreislaufwirtschaft vorantreibt. Rund 140.000 Outlets sind von dieser Regelung betroffen. Die Arbeiten an der digitalen Lösung schreiten erfolgreich voran. Pro Mehrweg war von Anfang an eingebunden.

In einem weiteren Beitrag wurde der Zusammenhang zwischen Mehrwegschutz einerseits und den anhängigen Klimaklagen der Deutschen Umwelthilfe andererseits beleuchtet. Zwei Klimaklagen vor dem Bundesverfassungsgericht endeten bereits erfolgreich. Derzeit sind noch elf Klimaklagen gegen Landesregierungen eingereicht worden. Durch die laufenden und geplanten Verfahren baue man politischen Druck auf, um nicht nur weitere gesetzliche Aktivitäten zur CO₂-Reduzierung zu fordern, sondern auch die Förderung von Mehrwegsystemen als Klimaschutzmaßnahmen auszubauen.

Kontinuität auch im Beiratsgremium des Verbandes: Der zur Wiederwahl stehende Beirat wurde für weitere drei Jahre einstimmig bestätigt. Als neues Mitglied unseres Beirates wurde der CEO von miho, Dr. Markus Grumann, ebenfalls einstimmig für drei Jahre gewählt.

GFGH: Zwei Ihrer kurzfristigen Ziele waren eine Verjüngung des Auftritts des Verbandes durch eine neue Homepage und die Gewinnung weiterer Mitglieder. Beide haben Sie erreicht. Erläutern Sie bitte kurz den Aufbau der neuen Website und die aktuelle Mitgliedersituation. Wohin gehen die weiteren Planungen?

Guder: Erfreulicherweise konnten wir die Mitgliederzahl seit 2019 auf knapp unter 100 Betriebe steigern. Aufgrund des dadurch ebenfalls gestiegenen Beitragsvolumens können wir erheblich mehr Projekte angehen und finanzieren. Die neue Website entspricht den aktuellen Anforderungen an moderne Kommunikation. Sie startet mit den wesentlichen Argumenten Pro Mehrweg und mit dem Film, der das Mehrwegsystem erläutert und die ökologischen Vorteile herausstellt.

Ganz aktuell wurde nun ein zweiter Film fertiggestellt, der sich mit der Thematik „Kennzeichnung von Mehrweg und Einweg“ auseinandersetzt und auf https://youtu.be/He4wTudsL_o und <https://vimeo.com/657773389> zu sehen ist. Auch hier werden die Klimaschutzwirkungen von Mehrweg herausgestellt. Im neuen Jahr 2022 aktualisieren wir unsere Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ und diskutieren auch über eine modifizierte Variante der vor drei Jahren erfolgreich gelaufenen „Klimahelden“-Aktion. Natürlich sind wir sehr daran interessiert, weitere Mitglieder aufzunehmen und so auch die finanzielle Basis für die Lobbyarbeit und unsere Aktivitäten weiter zu stärken.

GFGH: *In den Vorbemerkungen Ihres aktuellen Tätigkeitsberichtes sprechen Sie von der „klimapolitisch wichtigsten Legislaturperiode“. Welchen Stellenwert wird Ihrer Meinung nach die jetzt soeben neu gebildete Bundesregierung dem wichtigen Thema Mehrweg in diesem Zusammenhang künftig beimessen? Welche wichtigen Themen und Ziele wird der Verband Pro Mehrweg nun weiter vorantreiben bzw. betonen?*

Guder: Die Aussagen zu Mehrwegschutz und Mehrwegförderung fallen im nun vorliegenden Koalitionsvertrag recht mager aus. Nach der Ressortverteilung führen die Grünen sowohl das Umwelt- als auch das Ministerium für Wirtschaft und Klima. Für Mehrwegschutz und Mehrwegförderung sind dies die wichtigsten Ressorts in der Bundesregierung. Von ihrer Positionierung her stehen die Grünen uneingeschränkt hinter Mehrwegsystemen und sehen die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Erhöhung der aktuell bei 41,8 Prozent liegenden Mehrwegquote zeitnah zu ergreifen. Wir registrieren demgegenüber gewisse Abstriche bei der SPD und einige Fragezeichen bei der FDP. Es bleibt also abzuwarten, wie zukünftig Kabinettsentscheidungen getroffen werden. Auch der Bundesrat spielt in diesen Fragen ja eine wichtige Rolle.

Nach wie vor bleibt unsere Kernforderung nach Einführung einer Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen zusätzlich zum Pfand bestehen! Wie dies eingeführt werden könnte und wie Einnahmen aus einer Lenkungsabgabe verwendet werden könnten, haben wir in einem Rechtsgutachten aufgezeigt. Auch die Kennzeichnung auf dem Produkt halten wir nach wie vor für essenziell!

GFGH: *Sie erwähnten den „Pro Mehrweg Film“ des letzten Jahres. Wo wird er überall eingesetzt und wie ist die derzeitige Resonanz zu bewerten? Können Sie auch Näheres zum gerade brandneu erschienenen Film, der sich nun mit dem Schwerpunktthema Kennzeichnung von Mehrweg und Einweg auseinandersetzt, sagen?*



Ganz frisch ging ein neuer Film des Verbands Pro Mehrweg an den Start, der sich auf die Unterscheidungskriterien von Mehrweg und Einweg konzentriert und gezielt auch die jüngere Generation anspricht.

Guder: Erfreulicherweise wurde der erste Film von vielen Mitgliedern in ihrer Kommunikation eingebunden. Er erscheint auf vielen Websites wird aber auch für die Positionierung in den sozialen Medien wie etwa bei Facebook genutzt. Einige Nichtmitglieder haben den Film gegen eine kleine einmalige Gebühr für ihre Kommunikation ebenfalls eingesetzt.

Der brandneue Film sollte nicht mehr nur ein nüchterner Erklärfilm wie der erste werden, sondern auch mit einer emotionalen Komponente jüngere Menschen ansprechen. Wichtige Punkte zur Unterscheidung von Mehrweg und Einweg sollen den EndverbraucherInnen an die Hand gegeben werden. Der während der Mitgliederversammlung im Rohschnitt vorgestellte Film führte zu einer intensiven und konstruktiven Diskussion. Die Aufbereitung des Kernthemas durch einen Ratespielansatz (Gamification) wurde sehr begrüßt.

GFGH: *Der Dosenanteil vor allem im Bierbereich nimmt weiter zu. Wie bewerten Sie die Situation und welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht dringend notwendig?*

Guder: Nach zweistelligen Zuwachsraten in den letzten drei Jahren, insbesondere im Harddiscount-Bereich, weist AC Nielsen für das erste Halbjahr 2021 ein nochmaliges Dosenwachstum um 4,3 Prozent über alle Vertriebswege aus. Der Gesamtanteil am Bierverkauf erreicht mit 9,6 Prozent fast die 10 Prozent-Marke. In den letzten Jahren fehlte es an dem politischen Willen, diesen Tendenzen konsequent gegenzusteuern und Mehrwegschutzmaßnahmen wie etwa eine zusätzliche Abgabe zum Pfand (Beispiel Alcopops) umzusetzen.

Kein Wunder also, dass das Dosenwachstum ungebremst weitergeht und seitens mancher Hersteller keine Scheu besteht, beispielsweise auch ein „Naturradler“ in der Dose abzufüllen. Wir brauchen jetzt schnelles politisches Handeln mit der Einführung einer Lenkungsabgabe in Höhe von 0,20 Euro auf jede Einweggetränkeverpackung.

GFGH: *„Die Erfahrungen der letzten Jahre haben auch gezeigt, dass unser System in der jetzigen Ausprägung aufgrund ge-*

stiegener Komplexität an seine Grenzen stößt. Es besteht Bedarf an einer Nach- bzw. teilweisen Neujustierung.“ So lautet eine weitere Aussage in Ihrem Tätigkeitsbericht. Erläutern Sie diese bitte hinsichtlich der nun notwendigen Maßnahmen auch im Hinblick auf die Inhalte des Grundsatzpapiers „Mehrweg ist Zukunft“.

Guder: Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Entwicklung des Mehrwegsystems in Deutschland über die letzten 120 Jahre für die meisten Marktbeteiligten eine ökologische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist, um die uns viele Staaten in der Welt beneiden. Allerdings gefährdet die Branche selbst in den letzten Jahren zunehmend diese Erfolgsgeschichte.

Die Komplexität des Systems wird durch die extreme Sorten- und Gebindevielfalt erhöht. Die Individualisierung im Verpackungsbereich sorgt zusätzlich für unnötige Transporte und Sortieraufwand. Die Effizienz des Gesamtsystems wird dadurch in ihren Möglichkeiten erheblich beschnitten.

Wir müssen daher gezielt und rasch daran arbeiten, diese Komplexität wieder zu reduzieren. Auf weitere Individualisierung sollte verzichtet werden; vor allem weil es ja nicht gerade an verschiedensten Flaschenformen und -typen in Deutschland mangelt. Eine Flaschenentwicklung wie bei der „Kleine Halben“ mit drei nur in kleinsten Nuancen zu unterscheidenden Varianten zuzüglich einer Schraubverschlussversion ist kontraproduktiv und muss daher zukünftig dringend vermieden werden. Die verstärkte Rückkehr zu bestehenden Mehrwegpool-Gebinden sowie insgesamt zu gesteuerten Flaschenpools sollte vielmehr auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Auch der verstärkte Einsatz von neutralen Ladungsträgern in der Auslieferung von zum Beispiel Sechserträgern oder für den Prozess der Sortierung ist sicherlich geboten.

Zu guter Letzt sollten wir in überschaubarem Zeitraum zu einer digitalen Abbildung aller Voll- und Leergutströme auf der Grundlage einer einheitlichen Datenbasis kommen. Auch hieran wird ja schon durch GEDAT und VLB gearbeitet. Ich bin op-

timistisch, dass wir durch die genannten Maßnahmen die Effizienz des Gesamtsystems weiter erheblich verbessern.

GFGH: *Inwieweit ist man mit der Gründung zweier Poolsteuerungsgesellschaften der Brauwirtschaft einer Lösung der Leergut-Sortierproblematik in diesem Bereich nähergekommen. Wie schätzen Sie hier die weitere Entwicklung ein?*

Guder: Wir begrüßen diese Aktivitäten für gelenkte Pools ausdrücklich. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die bereits erfolgte Entscheidung der Radeberger Gruppe, auf ihr 0,33-Liter-Individualgebinde zu verzichten und auf das Poolgebinde zurückzugehen. Wir hoffen auf baldige Nachahmer! Aus unserer Sicht noch besser wäre allerdings eine Zusammenfassung dieser Aktivitäten in nur einer Gesellschaft. Eine Einführung von neuen Individualflaschen ist jetzt vor diesem Hintergrund aus unserer Sicht nicht mehr sinnvoll. Je mehr Brauereien sich an einem gelenkten Pool beteiligen, desto geringer wird der Sortieraufwand, die Transportwege verkürzen sich, die Komplexität im Handel und bei den KonsumentInnen verringert sich und zu guter Letzt wird insgesamt nachhaltiger gehandelt und die Umwelt weniger belastet. Dasselbe gilt letztlich auch für die Mineralbrunnen- und Fruchtsafthersteller.

GFGH: *Die vergangene 8. ReUse-Konferenz musste zwar coronabedingt online stattfinden, konnte aber mit gut 400 Teilnehmern einen neuen Rekord verbuchen. Inwieweit wird das Thema Mehrweg auch auf europäischer bzw. internationaler Ebene spürbar vorangetrieben, wie bewerten Sie die Entwicklungen?*

Guder: Dass der Stellenwert dieser Veranstaltung bei der Politik erheblich gestiegen ist, zeigt die Tatsache, dass die stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Umwelt zu Beginn der Veranstaltung eine Keynote hielt, in der sie die ambitionierten Ziele der EU-Kommission innerhalb des „Green-Deals“ unterstrich.

Die österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler sowie der grüne Europa-Abgeordnete Sven Giegold, der nach aktuellen Meldungen nun beamteter Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium werden soll, forderten in ihren Beiträgen ehrgeizige Maßnahmen für die konsequente Mehrwegförderung. Dazu sollten verbindliche Abfallvermeidungsziele und Wiederverwendungsquoten festgelegt werden.

Der Circular Economy Action Plan der EU-Kommission sieht vor, dass bis 2030 jede Verpackung auf dem EU-Markt entweder wiederverwendbar oder recycelbar sein soll. Um diese Ziele zu erfüllen, gibt es eine Vielzahl unterschiedlichster Aktivitäten. Hinzu kommt, dass das EU-Par-

lament in seiner Resolution zum Circular Economy Action Plan explizit Mehrweg unterstützt und im Zusammenhang mit der Abfallhierarchie und dem niedrigeren CO₂-Fußabdruck eine stärkere Förderung nachdrücklich einfordert. Derzeit werden in einigen Arbeitsgruppen über Veränderungen der europäischen Richtlinien und Direktiven diskutiert. Ziel ist wohl, bis Anfang 2022 zu einem entsprechenden Vorschlag zu kommen, der dann zur Diskussion und späteren Beschlussfassung an das Europäische Parlament und an die Mitgliedstaaten weitergeleitet werden soll.

GFGH: *Derzeit laufen zwei wichtige Projekte beim Umweltbundesamt zu Entschleunigungen des Bundetages zu weiteren Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von Mehrweggetränkeverpackungen. Dazu gab es zwei Praxisdialoge, bei denen auch der Verband Pro Mehrweg maßgeblich beteiligt war. Können Sie dazu Näheres sagen?*



Nach wie vor bleibt unsere Kernforderung nach Einführung einer Lenkungsabgabe auf Einweggetränkeverpackungen zusätzlich zum Pfand bestehen!

Guder: Mittlerweile gab es im Rahmen des ersten Projektes auch noch eine dritte Veranstaltung in Form eines Fachgesprächs, bei dem die Ergebnisse der ersten beiden Praxisdialoge präsentiert wurden. Das Umweltbundesamt will mit diesem Projekt erste Überlegungen zur Stärkung des Mehrwegsystems vor dem Hintergrund der genannten Entschleunigungen des Bundestages vorstellen.

Im Gespräch sind eine Steuer auf Einwegverpackungen sowie verbindliche Mehrwegquoten für den Handel. Eine Steuer zusätzlich zum bestehenden Einwegpfand ist nach Ansicht der vom Umweltbundesamt mit der Prüfung beauftragten Juristen angeblich einfacher zu realisieren. Wir favorisieren demgegenüber – wie bereits erwähnt – die Lenkungsabgabe mit deren Hilfe die Einnahmen zielgerichtet zugunsten von Mehrweg, Mehrwegschutz und Mehrwegförderung zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies und Fragen zur rechtlichen Zulässigkeit einer Lenkungsabgabe haben wir auch in einem Rechtsgutachten beantwortet. Eine Steuer – die nebenbei auch für Mehrweg gelten würde – könnte dagegen im Haushalt des Finanzministers „verschwinden“.

Auch über eine verbindliche Mehrwegzielquote wurde diskutiert. Nach meiner Information soll es ab 2024/2025 in Ös-

terreich ja bereits Mehrwegquoten für Handelsunternehmen geben. Dies zeigt, dass eine solche gesetzliche Regelung für Deutschland nur mit einer Übergangsfrist realisierbar ist. Sie wird auf jeden Fall auch eine veränderte Wettbewerbssituation zwischen den Marktakteuren hervorrufen. Bekanntlich führen Getränkefachmärkte zu 95 Prozent Mehrwegprodukte. Wenn nun in einem ersten Schritt zum Beispiel eine 30-prozentige Mehrwegquote als Verpflichtung für die Harddiscounters ausgesprochen würde, stünden diese Vertriebsformen und Getränkefachmärkte zukünftig im direkten Wettbewerb. Es ist allerdings zu vermuten, dass sich die Harddiscounters dann auf wenige bekannte Marken konzentrieren, sodass für den Getränkefachmarkt Themen wie Sortimentsbreite, Sortimentstiefe und regionale Produkte sowie die Nachhaltigkeit für die eigene Positionierung genutzt werden könnten.

Das Umweltbundesamt hat verlautbart, dass man aufgrund der intensiven und kontroversen Diskussionen im Fachgespräch ein zusammenfassendes Papier erstellen will, zu dem nochmals von allen Akteuren Stellung genommen werden kann. Inwiefern es dann von der neuen Hausleitung im Bundesumweltministerium als Handlungsvorschlag übernommen wird, bleibt abzuwarten.

Ein zweites Projekt des Umweltbundesamtes befasst sich mit einer „zukunftsgerichteten ökobilanziellen Betrachtung von Getränkeverpackungen“. Das Vorhaben steht noch am Anfang und soll bis 2023 andauern. Auch hierbei ist Pro Mehrweg eingebunden und vertritt die Interessen seiner Mitglieder im sogenannten „Begleitkreis“.

GFGH: *Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für das Mehrwegsystem in der nächsten Zeit und was sind die vorrangigen Ziele, die Sie sich mit der Verbandsarbeit gesteckt haben?*

Guder: Natürlich streben wir ein weiteres Mitgliederwachstum an, das uns auch eine breitere finanzielle Basis verschafft und weitere Aktivitäten ermöglicht. Wir werden jetzt schnell auf die neuen politischen Verantwortlichen zugehen und dort den Dialog über Maßnahmen zur Mehrwegförderung intensivieren. Genauso schnell sollten wir allerdings auch als Branche unsere Hausaufgaben zur Nach- und Neujustierung des Getränke-Mehrwegsystems angehen. Hierbei ist jeder Markteteiligte aufgefordert, gewisse Egoismen hintenanzustellen und im Sinne des großen Ganzen zu handeln. Denn „Mehrweg ist Zukunft!“

GFGH: *Herr Guder, wir wünschen Ihnen viel Erfolg und bedanken uns für dieses Gespräch.*